

40 Prozent weniger Zivis: Wie kommt der Bundesrat darauf?

- 05.05.2026
- Tages-Anzeiger
- Quentin Schlapbach

Zivildienst-Reform Aktuelle Zahlen zeigen: Die versprochene Wirkung der zur Abstimmung stehenden Verschärfungen ist weit weniger gesichert, als der Bundesrat suggeriert. Am 14. Juni stimmt die Bevölkerung nicht nur über die 10-Millionen-Initiative der SVP ab, sondern auch über das neue Zivildienstgesetz. Der Bundesrat will den Wechsel von der Armee in den Zivildienst mit sechs Massnahmen erschweren. Die jüngste Umfrage von Tamedia und «20 Minuten» zeigt: Es dürfte knapp werden.

Befürworter und Gegner liegen derzeit gleichauf. Angesichts der Tatsache, dass es sich um eine Behördenvorlage handelt, sind diese tiefen Zustimmungswerte überraschend. Wie die Umfrage zeigt, können die Gegner vor allem mit dem Argument punkten, dass bei einem Ja viele Heime, Spitäler, Schulen und auch Landwirtschaftsbetriebe in der Schweiz ein massives Personalproblem hätten. Tatsächlich schreibt der Bundesrat in seiner Abstimmungsbotschaft, dass er bei einer Annahme der Vorlage von einem Rückgang der jährlichen Zulassungen für den Zivildienst von 7200 auf 4000 ausgeht. Das heisst: Ab 2027 stünden 40 Prozent weniger Zivildienstleistende für Einsätze zur Verfügung.

Wer sich mit den sechs Massnahmen und den aktuellen Zulassungsstatistiken befasst, gelangt aber schnell einmal zur Frage: Wie kommt der Bundesrat überhaupt auf diese Zahlen? Erhöhte Mindesteinsatzdauer für Zivildienst Gründe, die Prognosen des Bundesrats anzuzweifeln, gibt es mehrere. Laut dem Bundesamt für Zivildienst (Zivi) haben sich 2025 rund 4000 junge Männer bereits bei der Aushebung für den Zivildienst entschieden. Diese Gruppe ist von der zur Abstimmung stehenden Verschärfungen nur minimal betroffen. Zwei von sechs Massnahmen sehen zwar vor, dass Zivildienstleistende ihre Einsätze künftig weniger flexibel planen können. Konkret müssen sie bereits im Jahr der Zulassung ihren ersten Dienst leisten.

Ob diese Massnahme viele dieser Männer davon abhält, Zivildienst zu leisten, scheint aber unwahrscheinlich. Die zweite Gruppe von jährlich rund 800 Personen wechselt während der Rekrutenschule in den Zivildienst. Auch sie sind von den sechs Gesetzesverschärfungen nur minimal betroffen. Nur jene, die in ihrer kurzen Zeit in der Armee befördert wurden, müssten künftig länger Zivildienst leisten, wenn sie wechseln. Laut Zahlen des Zivi hat aber nur jeder zehnte Wechselwillige zuvor eine Kaderfunktion in der Armee inne.

Die mit Abstand grösste Wirkung verspricht sich der Bundesrat von der Massnahme, die Mindesteinsatzdauer für den Zivildienst zu erhöhen. Bei einem Wechsel von der Armee in den Zivildienst werden die restlichen Dienstage heute mit dem Faktor 1,5 multipliziert. Wer beispielsweise 80 Tage übrig hatte, musste noch 120 Tage Zivildienst leisten. Neu soll der Einsatz in jedem Fall 150 Tage dauern - also auch für jene, die weniger als 100 Tage Restdienstage in der Armee übrig haben. Auch hier zeigen die Zahlen, dass rund die Hälfte der Übertritte (circa 1200 pro Jahr) bereits unmittelbar nach der Rekrutenschule oder dem ersten Wiederholungskurs stattfindet.

Diese Männer haben in der Regel also ohnehin noch mehr als 100 Restdienstage übrig. Es bleibt eine relativ kleine Gruppe von jährlich rund 1200 Männern übrig, für die der Wechsel mit der Massnahme tatsächlich unattraktiver würde. Die Rechnung des Bundesrats Der Bundesrat gibt offen zu, dass die Wirkung seiner Vorlage schwierig zu prognostizieren sei. «Eine verbindliche quantitative Aussage zur Senkung der Anzahl Zulassungen ist nicht möglich», schreibt er in seiner Abstimmungsbotschaft. Aufgrund der neuen Mindesteinsatzdauer von 150 Tagen dürfe aber erwartet werden, dass deutlich weniger «ausgebildete Soldaten» zum Zivildienst wechseln.

Weil die «Logik des Neuen Führungsmodells für die Bundesverwaltung» ohnehin eine Planungsgrösse voraussetze, gehe man folglich von einem Rückgang der Zulassungen um 40 Prozent aus. Wie der Bundesrat auf diese Zahl kommt, bleibt schleierhaft. Nicht nur steht die Berechnung im Widerspruch zu den aktuellen Zulassungszahlen, sondern auch zu einer Studie, die er 2024 selbst in Auftrag gegeben hatte. Dort wurden 3268 Männer, die von der Armee in den Zivildienst wechselten, zu ihren Beweggründen befragt. Viele nannten zwar die Flexibilität, die der Zivildienst bietet, als Vorteil.

Mit Abstand am häufigsten wurde aber die Sinnhaftigkeit als entscheidender Grund genannt. Die meisten Wechselwilligen waren der Ansicht, dass sie im Zivildienst einen sinnvolleren Beitrag für die Gesellschaft leisten könnten als in der Armee. Was sagen die Befürworter und Gegner der Vorlage zu den Prognosen des Bundesrats? Die aktuelle Gesetzesrevision geht wesentlich auf eine Motion von SVP-Nationalrat Thomas Hurter aus dem Jahr 2022 zurück. Er sagt, dass er grundsätzlich wenig von Prognosen halte. «Ich bin aber überzeugt, dass die Massnahmen eine grosse Wirkung haben werden», so Hurter.

Dies zeige allein die Tatsache, wie vehement seitens der Gegner gegen die Vorlage gekämpft werde. Zivildienst als Ersatzdienst Die sechs Massnahmen würden dazu führen, dass jene, die keinen Militärdienst leisten möchten, sich wieder mehr bemühen müssten. «Die aktuelle Diskussion schärft das Bewusstsein, ob man wirklich einen Gewissenskonflikt hat oder nicht», so Hurter. Der Zivildienst sei explizit nur als Ersatzdienst für Menschen mit einem Gewissenskonflikt eingeführt worden. «Alles andere ist verfassungswidrig.

» Priska Seiler Graf, SP-Nationalrätin und Präsidentin des Zivildienstverbandes Civiva, sagt, dass sie nicht abschliessend beurteilen könne, wie realistisch die Prognosen seien. «Letztlich müssen wir aber von den Zahlen ausgehen, die der Bund uns zur Verfügung stellt.» 40 Prozent weniger Zivildienstleistende wäre ein massiver Einschnitt und würde etliche Betriebe vor Probleme stellen, so Seiler Graf. Selbst wenn der Rückgang nicht ganz so drastisch ausfallen sollte, lohne sich der Kampf gegen die Vorlage. Die bürgerliche Mehrheit im Parlament wolle den Zivildienst schrittweise abschaffen, sagt die SP-Nationalrätin.

Jüngst sprach sich das Parlament für die Wiedereinführung der Gewissensprüfung aus sowie auch für eine Zusammenlegung des Zivildienstes mit dem Zivilschutz. «Dieser Salomitaktik kann die Bevölkerung mit einem Nein am 14. Juni vorzeitig den Riegel schieben», sagt Seiler Graf. Der Bundesrat will den Wechsel von der Armee in den Zivildienst mit sechs Massnahmen erschweren..